62. 1. Was ist bei Berechnung der dreimonatlichen Frist zur Stellung des Strafantrages unter der Kenntnis des Antragsberechtigten von der „Handlung“ zu verstehen, wenn diese Handlung in völlig getrennte Begehungsakte auseinanderfällt?

St.G.B. §. 61.

2. Wird die Stellung des gesetzlichen Vertreters eines minderjährigen Verletzten und die Wirkung der unterlassenen rechtzeitigen Erhebung des Strafantrages dadurch beeinflusst, daß der gesetzliche Vertreter bei Unterlassung des Strafantrages pflichtwidrig handelt, oder der Thäter, dessen Bestrafung zu beantragen ist, der Ehegatte oder nahe Blutsverwandte des gesetzlichen Vertreters ist?

St.G.B. §. 65.

3. Wann liegt die Voraussetzung vor, daß von „mehreren zum Antrage Berechtigten“ der eine durch rechtzeitige Stellung des Strafantrages die Fristversäumnis abseiten anderer Berechtigter unschädlich macht?

St.G.B. §. 62.

III. Straffenat. Ur. v. 7. Dezember 1881 g. R. Rep. 2889/81.

I. Landgericht Oldenburg.

Aus den Gründen:

Die Revision der Staatsanwaltschaft, welche die Rechtsnormen der §. 259 St.P.D., §§. 61, 62, 65 St.G.B.'s als durch unwichtige Anwendung verletzt rügt, erscheint nicht begründet.

1. Der Entscheidungsgrund des angefochtenen Urteils, daß die hinter dem 16. Mai 1881 zurückliegenden Mißhandlungen, deren die Ehefrau R. angeklagt war, um deshalb der strafrechtlichen Verfolgung in Gemäßheit der §§. 232, 61 St.G.B.'s entzogen und dieserhalb das Verfahren in Gemäßheit §. 259 St.P.D. einzustellen sei, weil bezüglich dieser Mißhandlungen der zur Stellung des Strafantrages allein berechnete gesetzliche Vertreter der noch nicht achtzehnjährigen bevormundeten L., der Ehemann R., es unterlassen, den Antrag binnen drei Monaten nach erfolgter Kenntniß von That und Thäter zu stellen, wird durch die Ausführung der Revisionschrift in keiner Weise erschüttert. Daß die vor dem 16. Mai 1881 verübten Mißhandlungen eine untrennbare Einheit mit den für die spätere Zeit festgestellten Körperverletzungen bildeten, beruht auf einseitiger Annahme der Beschwerde führenden Staatsbehörde. Das Urteil selbst erklärt nur die „in der Zeit vom 16. Mai bis August 1881“ verübten Mißhandlungen als aus „dem gleichen Vorsatz“ hervorgegangen und deshalb „eine einzige Handlung“ darstellend. Darnach war die Vorinstanz unbehindert, hinsichtlich des früheren strafbaren Thuns der Angeklagten eine andere tatsächliche und rechtliche Beurteilung eintreten zu lassen, und kann dahingestellt bleiben, ob der festgestellte gleiche Vorsatz überhaupt ausreichend ist, eine Mehrheit durch Monate zerstreuter, im einzelnen äußerlich sehr verschieden gearteter Mißhandlungen, Körperverletzungen und Gesundheitsbeschädigungen zur begrifflichen Einheit eines fortgesetzten Deliktes zusammenzufassen.

2. Ebenso ist es verfehlt, wenn die Revision auszuführen versucht, der Ehemann R. habe durch sein Unterlassen des Strafantrages die gesetzliche Antragsfrist nicht verabsäumen können, weil er als Ehemann derjenigen Person, gegen welche der Antrag zu richten war, in concreto zur gesetzlichen Vertretung der Verletzten nicht „qualifiziert“ war. Hat die Vormundschaftsbehörde ihn als Stiefvater des unehelichen Kindes seiner Ehefrau zum Vormunde desselben für tauglich erachtet, so ist damit anerkannt, daß die mögliche Kollision zwischen den Pflichten des Vormundes und der Stellung des Ehemannes der Mutter des bevormundeten Kindes keinen gesetzlichen Inhabilitätsgrund für die Übernahme der Vormundschaft abgebe. Jedenfalls war der Ehemann R. bis zum 16. August 1881 rechtlich durch nichts behindert, als gesetzlicher Vertreter seiner Stieftochter wider seine Ehefrau Strafantrag zu stellen; sein Strafantrag würde unzweifelhaft zur Strafverfolgung legitimiert haben, und es ist nicht abzusehen, aus welchem Rechtsgrunde das, gleichviel ob absichtliche oder unabsichtliche, pflichtwidrige oder nicht pflichtwidrige Unterlassen der Antragstellung abseiten des hierzu Berechtigten nicht die im §. 61 St.G.B.'s vorgesehenen Rechtswirkungen nach sich ziehen sollte. Ist dies aber der Fall, so folgt auch weiter mit Notwendigkeit, daß der am 16. August 1881 für die Christine L. ad hoc bestellte Kurator durch seinen Strafantrag in nicht weiterem Umfange über die Strafverfolgung verfügen konnte, als die letztere überhaupt noch statthaft war. Insofern durch die Verfügungen des bis zum 16. August 1881 berufenen gesetzlichen Vertreters die Strafverfolgung bereits rechtswirksam kraft eines prozessualen Strafausschließungsgrundes präjudiziert war, konnte selbstredend durch die Erklärungen des neubestellten Kurators die einmal erloschene Strafverfolgbarkeit nicht wieder aufleben. Deshalb kommt es auch nicht darauf an, ob der Kurator B. am 16. August 1881 auch von den vor dem 16. Mai 1881 stattgehabten Mißhandlungen Kenntnis erhielt; der Umstand konnte nur dann von Erheblichkeit sein, wenn an sich noch verfolgbare und in ihrer Strafbarkeit durch B.'s Strafantrag bedingte Neate in Frage standen, wenn also beispielsweise die Christine L. vor dem 16. Mai 1881 gar keinen gesetzlichen Vertreter gehabt hätte oder dieser selbst der auf Strafantrag zu verfolgende Thäter gewesen wäre.

3. Endlich erscheint auch der Gesichtspunkt des §. 62 St.G.B.'s ungeeignet, der Auffassung der Staatsanwaltschaft zum Stützpunkte zu

dienen. Die Voraussetzung, unter welcher nach §. 62 St.G.B.'s die Fristversümmnis eines Antragsberechtigten dem Rechte anderer Antragsberechtigten nichts schadet, trifft vorliegenden Falles um deshalb nicht zu, weil jene Voraussetzung nur in dem gleichzeitigen Nebeneinanderbestehen mehrerer Antragsberechtigten sich erfüllt, hier aber bis zum 16. August 1881 allein der Ehemann A., vom 16. August ab allein der Curator B. als die gesetzlichen Vertreter der L. zum Strafantrage berechtigt waren. Sie waren es niemals gleichzeitig, sondern folgten einander, und der später eintretende mußte sich die Rechtslage gefallen lassen, wie er sie von seinem Rechtsvorgänger überkam.